Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Antrag

Vorlage-Nr:	**26/ANT/0699**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Datum:	08.05.2026

Einführung echter Bürgerbeteiligung in Frankfurt (Oder)

Beratungsfolge:

Datum	**Gremium**
12.05.2026	Dezernentenberatung
21.05.2026	Stadtverordnetenversammlung

Es soll eine echte Bürgerbeteiligung eingeführt werden, indem Referenden bei wichtigen Entscheidungen der Stadtpolitik ermöglicht werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt bei bedeutenden Themen wie:
- Bebauungsplänen von hohem stadtentwicklungsthematischen Interesse,
- infrastrukturellen Belangen sowie
- haushälterisch wichtigen Entscheidungen

angemessen an der politischen Willensbildung beteiligt werden. Dies soll durch Abstimmungen und Befragungen erfolgen.

Modalitäten der Beteiligung:
- Das Ergebnis der Abstimmung oder Befragung ist nicht bindend.
- Die Bürgerabstimmung oder -befragung erfolgt online.
- Die Teilnahmefrist beträgt drei Wochen (einundzwanzig Tage).
- Teilnehmen darf, wer das gesetzlich vorgeschriebene Wahlalter für Kommunalwahlen erreicht hat.
- Bei Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, werden diese bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr beteiligt. Die Ergebnisse dieser Gruppe werden separat ausgewiesen.

<u>Begründung:</u>
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legt in Artikel 20 Absatz 2 fest: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Weiter heißt es: "Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

Vorteile der Bürgerbeteiligung:
- Transparenz: Die Bürgerinnen und Bürger erhalten unabhängig von Presse oder kostenpflichtigen Angeboten Zugang zu Informationen über anstehende politische Entscheidungen.
- Rückmeldung aus dem Alltag: Die gewählten Stadtverordneten erhalten direktes

Feedback aus dem Lebensalltag der Befragten.
- Zielgruppengerechte Maßnahmen: Politische Maßnahmen können besser auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppen abgestimmt werden.
- Wertschätzung: Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt fühlen sich als Teil des Entscheidungsprozesses und vor allem ernst genommen.

Fazit:
Wir sorgen mit der Einführung von Bürgerbefragungen und Abstimmungen für die Stärkung der Demokratie. Unser Antrag ermöglicht es, statt der üblichen Diskussionen im engen Kreis die Meinungen und Entscheidungen von mehreren Tausend Bürgern direkt in politische Beschlüsse einzubeziehen.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Anlagen: keine

Entscheidungsergebnis:

	einstimmig		mit Mehrheit		zurückgezogen
	Ja		Nein		Enthaltung
	lt. Beschlussvorlage		abweichend		abgelehnt
	zur Kenntnis genommen				

überwiesen	
Ausschließung § 22 BbgKVerf	Es wurden keine Ausschließungsgründe angezeigt.
Wiedervorlage	